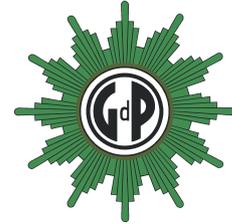


Gewerkschaft der Polizei

Rheinland-Pfalz



Pressedienst

Mainz, den 3.4.2008

Thema: Prävention – Reaktion – Opferhilfe (P.R.O.) - Sicherheit in Rheinland-Pfalz

GdP: Die Wirklichkeit ist Personalabbau

„Eine schöne Zusammenfassung von bereits laufenden oder ohnehin geplanten Maßnahmen“. So lautet eine erste Reaktion von Ernst Scharbach, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Land, auf die gestrige Präsentation der Landesregierung zum Thema P.R.O. Innere Sicherheit in Rheinland-Pfalz. Das Bild vom „alten Wein in neuen Schläuchen“ dränge sich geradezu auf. Der GdP-Landesvorstand kritisierte in seiner heutigen Sitzung in Boppard insbesondere die sinkende Personalstärke der Polizei des Landes.

Etwas Neues oder gar Zusätzliches zu finden sei schwer. Bisher nicht bekannt gewordene Maßnahmen seien noch mit Fragen verbunden. „Wenn angekündigt wird, 50 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten einzustellen“, so Scharbach, „ist natürlich entscheidend, ob das „Mehr“ auf der Basis der heute 300 Einstellungen passieren soll, oder auf der Basis der für 2009 / 2010 ohnehin bereits 2006 dem Landtag angekündigten 350 bzw. 400“. Nur Letzteres werde auf Sicht tatsächlich zu einer kleinen Personalaufstockung führen. Aktuell werde Personalabbau organisiert, ergänzt der GdP-Chef: „Den 300 Einstellungen des Jahres 2008 stehen mindestens 350 Abgänge im Jahr 2011 gegenüber“. Erst zu diesem Zeitpunkt sind die am 2. Mai 2008 einzustellenden Polizeianwärter mit ihrem Polizeistudium fertig.

Das Programm der Landesregierung beschreibe viele gute Konzepte, die allesamt aber die Eigenart hätten, sehr personalintensiv zu sein, merkte Scharbachs Vertreter Bernd Becker an. „Natürlich würden wir gerne zusätzliche Sicherheitsberater einsetzen; das Personal wird aber im Wechselschichtdienst gebraucht“. Will heißen: Alle beschriebenen Maßnahmen gehen letztlich auf Kosten der Personalstärke des durch die Lebensarbeitszeitverlängerung immer älter werdenden Wechselschichtdienstes und damit der Polizeipräsenz rund um die Uhr. „Wir brauchen 10.000 statt 9.000 Polizistinnen und Polizisten, 500 mehr im Wechselschichtdienst und 500 in anderen ermittelnden und operativen Bereichen“, wiederholt Becker die seit Jahren bestehende Berechnung der GdP.

V.i.S.P.: Thomas Will, GdP RP, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55129 Mainz

Tel.: 06131 – 960090 +++ www.gdp-rp.de

Angesichts einer in der Staats-Zeitung veröffentlichten Äußerung von Innenminister Bruch zeigte sich der GdP-Landesvorstand schockiert. Man müsse nur den Wechselschichtdienst von 5 auf 4 Dienstgruppen umstellen, dann habe man „auf einen Schlag 20 % Polizisten mehr auf der Straße“, hatte der Polizeiminister in einer Landtagsdebatte verlauten lassen. „Das ist mathematischer Unsinn und widerspricht jeder Erkenntnis über die aktuelle Polizeipraxis“, merkt GdP-Landesvize Heinz Werner Gabler an. Jeder wisse, dass die Dienststellen dringend auf die zusätzlichen Einsatzzeiten angewiesen seien, die von den Kollegen des Wechselschichtdienstes über die Regelschichtfolge hinaus gebracht werden müssen. Hier sprechen 1.5 Millionen Überstunden eine deutliche Sprache. „Wer soll denn die Fußball- und Nazieinsätze sonst fahren und die Zielvorgaben des Landes und der Behörden erfüllen?“, fragt sich der GdP-Landesvorstand kopfschüttelnd.

Mit einigen Ansätzen, die auf Justizseite jetzt angekündigt werden, zeigt sich die GdP hingegen zufrieden. So entspreche es einer GdP-Forderung, dass jetzt mehr Arrestplätze für straffällige Jugendliche dargestellt werden sollen. Die Fortsetzung und der Ausbau von Projekten, wie dem Täter-Opfer-Ausgleich und dem Schutz von Opfern von Gewalt in engen sozialen Beziehungen, wird weiterhin von der GdP unterstützt und begleitet.

Die GdP will sich in ihren Fachausschüssen intensiv mit der Frage beschäftigen, was die Polizei zur Verwirklichung des „Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit“ beitragen kann. „Die Polizei ist an dieser Stelle sehr oft Auge und Ohr des Staates“, begründen die GdP-Vorständler diesen Ansatz.

Die Weiterentwicklung der Bekämpfung der Jugendkriminalität geht der GdP nicht weit genug. Es reiche nicht, in allen Oberzentren Häuser des Jugendrechts zu installieren. Dazu KriPo-Fachmann Bernd Becker: „Erstens muss das mit zusätzlichem Personal hinterlegt werden und dann müssen wir sehen, was wir von der Arbeitsweise des Hauses des Jugendrechts in die „Fläche“ übertragen können“. Wenn beispielsweise die Staatsanwaltschaften in jedem Jugendschöffengerichtsbezirk einen Staatsanwalt vorhalten würden, könne erreicht werden, was in Jugendstrafverfahren das Wichtigste sei, nämlich die Verfahren erheblich zu beschleunigen, um die staatliche Maßnahme schneller auf das Fehlverhalten folgen zu lassen.

V.i.S.P.: Thomas Will, GdP RP, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55129 Mainz

Tel.: 06131 – 960090 +++ www.gdp-rp.de